

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis v. 1.-15. Febr. im voraus 1 G. M. freibl., auschl. Erzeug. Einzelne Nr. 10 Goldpf., Sonntags-Nr. 20 Goldpf. Anzeigenpreise: 6 Geisp. Petitzeile 0,10 Goldmark, v. außerhalb des Bezirkes 0,15 Goldmark, 3 Geisp. Kollamezeile 0,45 Goldmark, Hinweise auf Anzeigen und Eingeladene 0,10 Goldmark, Nachweise- und Offertengebühr 0,10 Goldmark, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Köhner in Waldenburg Sachsen. Mitglied des Schiffschen und des Deutschen Zeitungswissenschaftler-Vereins (D. Z.) - Sitzort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Geschäftszeit 7-12, 2-5 Uhr. Filialen in Wittstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenschwund bei Herrn Hermann Eiche; in Wolkensburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Herrn Wilhelm Dähler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Pfaffen.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Unruhen, Maschinenbruch, Schmelzen im Betrieb der Druckerei oder sonstiger Unfälle hat der Redakteur keinen Anspruch auf Ersatz der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der Druck- und Druckerey angegebener Anzeigen übernimmt die Druckerei keine Haftung.

Zugleich weit verbreitet in den Ortsgemeinschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohndorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenschwund, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensburg und Ziegelheim.

Nr. 33

Freitag, den 8. Februar 1924

46. Jahrgang.

Ein belgischer Offizier von Deutschen schwer verwundet.

Dollarkurs (amtlich 6. Februar) 4200 Milliarden. Die deutsche Regierung lehnt eine offizielle Beileidigung zum Tode Wilsons ab.

Die Reichsregierung beschloß, die Abstimmung über die Trennung Hannovers von Preußen 14 Tage nach den Reichstagswahlen vorzunehmen.

In der Finanzlage des Reiches gehalten sich die Ausgaben günstiger.

Der Reichsarbeitsminister gibt sein soziales Programm bekannt. Brandler fordert Weiterzahlung seines Ministerialdirektorpostens.

Die Kommunisten in Pirmasens bewachten sich des Rathauses. Es herrscht Anarchie.

Sokand will gleichfalls die russische Regierung anerkennen.

Frankreich verurteilt 26 deutsche Ruhrgefangene nach den Tropen.

Macdonald ist für unbedingte Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Rumänien weist die eingewanderten Ruhrarbeiter aus. Aus Riga kommen Gerüchte über eine Rebellion der Roten Armee.

Wilson hat 1918 einen Geheimvertrag mit Frankreich abgeschlossen.

Waldenburg, 7. Februar 1924.

Der 7. und 8. Februar haben in Genoa der deutsche Reichsminister Rathenau und sein russischer Kollege Tschitscherin durch den Vertrag von Rapallo den deutsch-russischen Freundschafts- und Handelsvertrag vereinbart, der damals viel angefochten wurde, sich aber doch als Verständigungsmittel bewährt hat. Wie schon mitgeteilt worden ist, sind dem deutschen Beispiel jetzt auch die Regierungen von London, Brüssel und Rom gefolgt und haben die Bolschewisten in Moskau anerkannt. Auch Frankreich möchte einen solchen Pakt abschließen, aber es stehen hier noch Schwierigkeiten im Wege. So hat es denn mit den bisher abgeschlossenen Vereinbarungen sein Bewenden, welche die russische Republik in den Kreis der wichtigsten europäischen Staaten von neuem aufgenommen und ihr Gelegenheit gegeben haben, ihre wieder belebte wirtschaftliche Tätigkeit zu betreiben.

Daß nach dem Rezept der Arbeiter- und Bauernräte selbst unter dem eisernen Faust eines Lenin Sowjet-Rußland nicht emporblühen konnte, war vorauszu sehen, und der Diktator hatte sich wohl oder übel entschließen müssen, aus dem bolschewistischen Phantasiestaat in das praktische Getriebe zurückzukehren. So haben die Russen wieder bestätigt, daß sie arbeiten können und arbeiten müssen.

Die Verhältnisse in Sowjet-Rußland werden vor denen, die mit günstigen Zukunftsaussichten rechnen, oft zu leicht genommen und nicht ganz richtig eingeschätzt. Lenin hat allen seinen Gegnern, die ihm der Boden unter den Füßen entziehen und ihn stürzen wollten, die Gewehrläufe gegenübergestellt, aber die große Masse der kleinen Leute ist dabei doch eigentlich unberührt geblieben. Die brauchte einen Oberherrn und ob das Nikolaus Romanow oder Lenin war, ist ihr ziemlich gleichgültig gewesen. Sie gehorchte nach der Revolution, wie sie vor der Revolution gehorcht hatte.

Die Kämpfe um das Oberhaupt der Sowjets werden nach Lenins Tode kaum mit derselben Erbitterung wie früher ausgefochten werden, da ein alles überlagernder, energischer Wille fehlt. Lenins Nachfolger, Michow, besitzt die Kraft nicht, um ein Blutregiment, wie das seiner ausgeübte, fortzusetzen, und so wird sich voraussichtlich mehr und mehr eine parlamentarische Gestalt der künftigen Verwaltung von Moskau herausbilden. Denn an einen Konflikt zwischen der Republik und den letzten Mitgliedern der Familie Romanow, die in Paris und in Cannes leben, ist kaum zu denken. Auch die Möglichkeit, daß ein General sich an die Spitze des Staates schwingen und den Bolschewismus beseitigen könnte, kommt nicht in Frage.

Doch die große Menge des kleinen Volkes, die ihre eigenen Sorgen hat, wird von den strebsamen Agenten und Persönlichkeiten aller Art in den Streif des Tages hineingezogen werden, und es ist leicht möglich, daß eine politische Gruppe diese verwirrten Haufen unter ihre Leitung stellt und sich ihrer Dienste bemächtigt. Daraus kann viel Trübel entstehen. Und das ist umso eher zu erwarten, als Rußland häufig von Hungernot und Seuchen aller Art heimgesucht und die Bevölkerung aufgeregt wird.

Ein unberechtigter Vorwurf.

Aus der Arbeit der Sachverständigen-Ausschüsse.

Der unter Leitung des Engländers Mac Kennan in Berlin arbeitende zweite Sachverständigenausschuß, der die Aufgabe hat, die Frage der Kapitalflucht zu ergründen, sieht sich veranlaßt, folgendes zu veröffentlichen:

„Die Aufmerksamkeit des Ausschusses ist auf gewisse Presseäußerungen gelenkt worden, nach welchen die Ende dieser Woche erfolgende Abreise des Ausschusses aus Berlin dadurch verursacht sei, daß die deutsche Regierung nicht imstande gewesen sei, Fragen, die die deutschen Auslandsagenten betreffen, zu beantworten. Diese Mitteilungen entsprechen in keiner Weise den Tatsachen. Der Ausschuß hatte ursprünglich gehofft, daß er seine Berliner Untersuchungen gegen Mitte dieser Woche beenden könne. Ein Teil des vorbereitenden Informationsmaterials erforderte jedoch unvermeidlicherweise längere Zeit, als erwartet. Tatsächlich hat der Ausschuß sowohl seitens der deutschen Regierung als auch seitens der Banken jede nur mögliche Unterstützung gefunden. Der Ausschuß benutzte gleichzeitig diese Gelegenheit, um zu erklären, daß in dem von den Banken übrigens freiwillig zur Verfügung gestellten Zahlenmaterial die Namen auswärtiger Kunden weder erbeten noch bekannt gegeben worden sind. Der Ausschuß hat es nicht für nötig befunden, irgend welche Untersuchungen anzustellen, die das Bankgeheimnis verletzen.“

Die oben erwähnten Presseäußerungen entstammen englischen Blättern, und zwar waren es vornehmlich „Daily Express“ und „Manchester Guardian“, die Nachrichten gebracht hatten, gegen die sich jetzt der Sachverständigenausschuß wendet. Das Londoner Blatt war es, das behauptet hatte, die deutsche Regierung könne die Banken und Industriellen nicht dazu bewegen, die erforderlichen Auskünfte zu erteilen, während der Manchester Guardian umgekehrt behauptet hatte, die zugezogenen deutschen Auskunftspersonen und die Banken sagten nur das aus, was ihnen von der Regierung vorgeschrieben werde.

Die Finanzlage des Reiches.

Günstigere Aussichten.

Den draconischen Maßnahmen der Reichsregierung ist es gelungen, den Reichsetat ungefähr ins Gleichgewicht zu bringen. So ist im Januar der Gesamtzuschußbedarf nur noch 1,9 Millionen Goldmark gegen 335 im Dezember gewesen.

Den Hauptüberschuß erbrachte die erste Dekade mit 36 Millionen Goldmark, demgegenüber war das Ergebnis der zweiten Dekade ein Defizit von 19,2 und das der dritten Dekade ein Defizit von 10,3 Millionen Goldmark. Im einzelnen hatte die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse in der Zeit vom 21. bis 31. Januar folgendes Ergebnis: Einnahmen an Steuern, Zöllen und Gebühren 174 Millionen, Einnahmen aus dem Verkauf von Goldanleihe 2,9 Millionen, verschiedene Verwaltungseinnahmen 11,7 Millionen. Die Gesamtsumme der Einnahmen belief sich auf 188,7 Millionen, da sich die Auszahlungen auf 199,1 stellten, so ergab sich ein Zuschußbedarf von 10,3 Millionen Goldmark. In dem Ausgabenbedarf sind die Besoldungszulagen für die erste Hälfte Februar einschließlich der Besoldungszuschüsse für Länder und Gemeinden zum größten Teil bereits enthalten. Das Gesamtbild für Januar 1924 stellt sich nunmehr bei 26 Zahltagen folgendermaßen dar: Die eingetragenen Zahlen bedeuten die entsprechenden Dezember-Ergebnisse: Einnahmen 440,8 (164,5) Millionen Goldmark, Auszahlungen 442,7 (499,4) Millionen Goldmark, tägliche Einnahmen 16,9 (7,2) Millionen Goldmark, tägliche Auszahlungen 17 (21,7)

Millionen Goldmark, Gesamtzuschuß für Januar 1,9 (334,9) Millionen Goldmark.

Bei Bewertung dieses Ergebnisses muß berücksichtigt werden, daß im Januar an einmaligen Steuern schätzungsweise etwa 220 Millionen Goldmark ausgenommen sind, während andererseits für einmalige Ausgaben — Steuerüberweisungen an die Länder aus der Abschlußzahlung auf die Einkommensteuer für 1923 und für den Rückkauf von Goldanleihe — rund 200 Millionen Goldmark gebraucht wurden. Bezüglich der Ausgabeziffern ist besonders darauf hinzuweisen, daß in den hier nachgewiesenen Ausgaben auch diejenigen Ausgaben enthalten sind, die nach den Grundföhen einer geordneten Finanzgebarung auf Anleihe zu übernehmen sind, also die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts, diejenigen für die Ausführung des Friedensvertrages (einschließlich Besatzungskosten) und die Restausgaben für die Abwicklung des Ruhrunternehmens.

Die Pfalzfrage.

Französischer Rückzug?

In den letzten Tagen hat es den Anschein, als ob Frankreich allmählich dem englischen Druck nachgeben und sich zu Konzessionen in der Pfalzfrage bereit erklären werde.

Wenigstens meldet jetzt die offiziöse Agence Havas, daß die Verhandlungen, die zwischen der englischen und der französischen Regierung über die Pfalz geführt werden, höchstwahrscheinlich eine Lösung auf der Grundlage des Status quo vor der Einsetzung der Separatistenregierung bringen werden. Da die Separatistenregierung nicht anerkannt sei, könnten alle Beamten, die von ihr ausgewiesen seien zurückkehren.

Was die von den Besatzungsbehörden ausgesprochenen Ausweisungen betreffe, so werde man jedenfalls jeden einzelnen Fall besonders prüfen.

Das Echo der deutschen Pfalznote.

Die ziemlich energisch gehaltene letzte deutsche Note über die unerhörten Vorgänge in der Pfalz hat in Paris anheimelnd ihre Wirkung nicht verfehlt. In der Pariser Presse wird sie jedenfalls scharf angegriffen, wobei sich besonders der „Temps“ hervor tut. Dieser sagt, die Note sei zwar nur die Fortsetzung einer langen Serie deutscher Proteste, die Forderungen, die die deutsche Regierung darin stelle, seien aber diesmal ungewöhnlich scharf. Die Note sei um so weniger gerechtfertigt, als die französische Regierung in dieser Angelegenheit durchaus korrekt sei und eine Verständigung mit England über die Pfalz auf keinerlei prinzipielle Schwierigkeiten stoße. Man müsse sich deshalb fragen, ob in Berlin die Veröffentlichung der Note erfolgt sei, um von einer französisch-englischen Verständigung zu profitieren oder um sie zu erschweren. Es sei wohl möglich, daß die deutsche Regierung in der bevorstehenden Einigung zwischen Paris und London sich den Anschein geben wolle, als habe sie Frankreich im letzten Augenblick noch wichtige Konzessionen abgerungen. Es sei aber auch ebenso gut möglich, daß die bisher von ihr gestellten Bedingungen einen neuen Konfliktstoff zwischen England und Frankreich haben schaffen wollen. — Wie man sieht, hat die Note jedenfalls eingeschlagen.

Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Das soziale Programm des Reichsarbeitsministers.

In der letzten Zeit ist vielfach die Forderung nach einem Abbau der Sozialpolitik aufgetaucht. Demgegenüber erklärt jetzt der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, daß er kein solches Abbauprogramm habe, denn ein solches könne auch gar nicht im Interesse einer richtig verstandenen Wirtschaftspolitik liegen. Der Minister betonte einem Pressevertreter gegenüber:

Wirtschaftspolitik ohne Sozialpolitik sei undenkbar, weil die Wirtschaft sich selber schlagen, nämlich die für sie so wichtige menschliche Arbeitskraft untergraben würde, wenn sie die Sozialpolitik dreisachen